

Mehr als eine Studentenrevolte!

Junge Intelligenz nicht durch Staatsstipendien zu korrumpieren

Die „Studentenrevolte“ an der Ostberliner Humboldt-Universität hat in der vergangenen Woche auch die westliche Öffentlichkeit erregt. Dieses Aufsehen veranlaßte die SED und ihren „Staats sicherheitsdienst“, eine besondere „Agenten“-Schaustellung zu geben. Dabei verwarnten sich Leute wie der kommunistische Hochschul-Staatssekretär Girnus gegen die Wortprägung „Studentenrevolte“. Eine solche, sagte er, habe es niemals gegeben. Es wäre müßig, mit einem so dümmlichen Demagogen wie Girnus über Begriffs-Definitionen zu streiten. Denn — was sich seit dem vergangenen Herbst an allen sowjetzonalen Universitäten und Hochschulen zeigt, sind mehr als örtliche Studentenrevolten! Wir haben es vielmehr mit einer breiten geistigen Widerstandsbewegung zu tun, die, obwohl völlig unorganisiert, der SED eine geschlossene Widerstandsfront entgegenzusetzen beginnt.

Die SED versucht bewußt, solche Vorgänge wie an der veterinärmedizinischen Fakultät in Ostberlin als örtlich begrenzte Erscheinungen herauszustellen und einzelne „Anführer“ als Verantwortliche zu suchen. Zum Teil ist sie wirklich unfähig, den sporadischen Charakter und andererseits die zwingende Gesetzmäßigkeit solcher Vorfälle zu erkennen.

Auf diese Art werden jene abstrakten Agentengeschichten geboren, wie sie jetzt auf der Pressekonferenz des Ostberliner SSD-Obersten Borrmann zur Sprache kamen.

Geistesfreiheit?

1. Mensch, der über den Rahmen der notwendigen Schulbildung hinaus etwas studieren soll, versucht naturgemäß, tiefer in die Dinge einzudringen. Er sucht sich seinen eigenen Standpunkt im Für und Wider der Meinungen. Man kann ihm dabei einen bestimmten Standpunkt empfehlen, aber keinen aufzwingen. So kommt es, daß die unter einer Diktatur geförderten Studenten immer wieder gegen die Beschränkungen der Lern- und Geistesfreiheit protestieren. Die SED selbst bzw. einige ihrer prominenten Vertreter haben im vergangenen Herbst die mangelnde

Geistesfreiheit an den Zonen-Universitäten gerügt und den „echten Meinungsstreit“ gefordert. Sie taten dies unter dem Eindruck eines vermeintlichen Umschwungs in der Sowjetunion und in der Hoffnung, eine kontrollierbare und jederzeit wieder einzudämmende Freiheit zu verkünden.

Ist diese Geistesfreiheit jemals zum Zuge gekommen? Nein, aber bereits ihre Erwähnung hat eine Revolution ausgelöst. Jahrelang haben die sowjetzonalen Studenten vor den verschlossenen Türen einer freien Wissenschaft gestanden. Nur der ungeheure politische und ideologische Druck hat sie davon abgehalten, diese Tür zu sprengen. Jetzt, als man sie ein klein wenig zu öffnen begann, war der angestaute Druck nicht mehr zu bändigen. Was nützten solche Aktionen wie jene gegen den SED-Professor Wolfgang Harich, was nutzte die Kontroverse mit einem Professor Bloch? Letztlich mußte die Partei der geistige Verlierer bleiben! Gewiß, überall wurde mit Gewalt gegen jede freiheitliche Regung vorgegangen, aber wo diese Gewalt nur einen einzigen Augenblick versagte, kam es zu neuen spontanen Aktionen der Studenten.

Mit dieser Erscheinung haben wir es jetzt zu tun. An der Ostberliner Humboldt-Universität hatte der SSD vor Monaten erst zugeschlagen. Dann glaubte die SED, hier Ruhe zu haben, und verlagerte den terroristischen Druck auf Universitäten wie Rostock, Leipzig und Jena.

In dieser Phase kommt die SED mit ihrem letzten Argument: Wer ein Staatsstipendium in Anspruch nimmt, muß diesem Staat auch seine Loyalität beweisen! Die sowjetzonalen Studenten bekommen ihre Stipendien aber von den Steuergroschen der hart arbeitenden Menschen in den kommunistischen Staatsbetrieben. Diese Menschen unterliegen dem gleichen politischen Druck wie sie selbst und möchten wohl kaum, daß mit ihrem Geld eine kommunistische Intelligenz herangezüchtet wird. Somit handeln die gegen die SED rebellierenden Studenten voll und ganz im Sinne derer, von deren Hände Arbeit diese Stipendien kommen. So sieht es aus, und nicht anders!

Die SED ist schlecht beraten, wenn sie dieser Entwicklung durch Druckmaßnahmen wie Reisesperren für Studenten, Zwangsarbeitseinsätze in den Semesterferien usw. zu steuern sucht. Druck erzeugt Gegen druck, gerade unter der jungen Intelligenz, die seit jeher in der Geschichte zum Motor revolutionärer Bewegungen wurde. Damit erübrigt sich aber auch das Geschwätz von der leidigen „Agententätigkeit“ an den Zonen-Universitäten. Solche Dinge mögen als Existenzberechtigung für die Überwachungsorgane eines Oberst Borrmann dienen, unter den Betroffenen selbst stiften sie nur erneut böses Blut.

Noch mehr Atom-Mächte?

WG. Wenn in letzter Zeit von westlichen Teilnehmern an den Londoner Abrüstungsverhandlungen optimistische Prognosen geäußert worden sind, dann bezogen sie sich immer nur auf die Chance eines ersten Schrittes. Nach einem erfolgreichen Anfang, so meinte man, könne aus ihm in mühevoller Arbeit vielleicht ein umfassendes Abkommen entwickelt werden. Die Besprechungen, die nun nach Unterbrechung der Londoner Tagung die Vertreter der beteiligten Mächte mit ihren Regierungen führen werden, gelten diesem ersten Anfang. Wenn die Delegierten Ende des Monats wieder in London versammelt sein werden, dann wird man bald sehen, ob ihre neuen Instruktionen ausreichen, um zu einer ersten Vereinbarung zu gelangen.

Optimisten meinen, daß man ihr heute näher sei als jemals zuvor. Aber selbst der amerikanische Delegierte Harold Stassen, der zu ihnen gehört, warnte bei seiner Ankunft in Washington soeben davor, allzu optimistisch über die entferntere Möglichkeit zu denken, daß man dem globalen Rüstungswettrennen bald ein Ende bereiten könne. Ähnlich wurde auch in London darauf hingewiesen, daß gegenwärtig angesichts der sowjetischen Haltung so gut wie keine Hoffnung auf das Zustandekommen eines umfassenden Abrüstungsabkommens bestehe. Selbst dem jetzt erstrebten ersten Schritt zu einem Teilabkommen, das nach Stassen ein Inspektionssystem, eine Reduzierung der Rüstungen, der Militärbudgets und eine Herabsetzung der Streitkräfte einschließen soll, stehen noch größte Schwierigkeiten entgegen. Man tue gut daran, sich zu erinnern, meinte kürzlich der britische Premierminister Macmillan gelegentlich seines Bonner Besuches, daß die Russen die besten Schachspieler der Welt seien. Schach sei ein Spiel, bei dem es dem gewiegten Spieler nicht darauf ankomme, wie lange es dauere, und bei dem er überdies stets bereit sei, mit neuen Eröffnungszügen zu ex-

perimentieren. Es wäre tatsächlich keine Überraschung, wenn der sowjetische Delegierte Sorin nach seiner Rückkehr an den Londoner Verhandlungstisch diese Erfahrung bei der Eröffnung der neuen Partie wieder einmal bestätigen würde.

Die britische H-Bombe

Nun hat die britische Regierung in dem großen Spiel soeben mit der Auslösung ihrer H-Bombe einen Zug gemacht, dessen Auswirkungen auf den weiteren Ablauf der Abrüstungsverhandlungen noch nicht zu übersehen sind. Neben den beiden bisherigen Atommächten ist eine dritte erschienen, die nicht darauf verzichten will, ihre Position in der nun dreiseitigen nuklearen Machtverteilung weiter auszubauen. Man darf annehmen, daß zwischen der ersten Explosion einer britischen H-Bombe und jenem Briefe Bulgariens, der im Ablauf des Suezkonflikts der britischen Regierung die Möglichkeit eines nuklearen Überfalls drohend vor Augen stellte, ein Zusammenhang besteht. Er besteht jedenfalls im Sinne der Beschleunigung und Bestärkung der britischen Absicht, als dritte Atommacht neben die beiden anderen zu treten. Was die Briten zu diesem Schritt bewog, das wird in der Londoner Presse deutlich gesagt: Man wolle sich nicht damit abfinden, „ständig eine Nation zweiten Grades zu bleiben“ („Daily Mail“), oder: „Was wir getan haben, könnte uns einen stärkeren Einfluß in der internationalen Politik verschaffen“ („News Chronicle“), oder: „In den Gremien des Westens wird Großbritannien nun ein größeres Gewicht haben. Bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen werden wir viel mehr zu bieten vermögen“ (Daily Telegraph“). Diese Überlegungen beziehen sich also im Streben nach größerer Verteidigungsmacht auf Moskau, im Streben nach größerer Selbstständigkeit auf Washington und im ganzen auf die Wiedergewinnung einer internationalen Machtposition, die heute von der Verfügung über nukleare Waffen abhängig ist.

Die britische H-Bombe hat — in Anpassung an die leider gegebenen Realitäten — ihren Ursprung in der Tatsache, daß es bisher zwischen den Monopol-

mächten USA und UdSSR nicht zu einer Verständigung über einen Abbau der atomaren Waffen gekommen ist. Über die reale Bedeutung dieser Tatsache und ihre Auswirkung auf die weitere Entwicklung sollte man sich keinen Illusionen hingeben: Entweder verschwindet die Atomwaffe oder sie wird zur „herkömmlichen“ Waffe aller großen Völker. Schon hat der französische Delegierte Jules Moch auf der letzten Sitzung des Londoner Abrüstungsausschusses die Atomkräfte während darauf hingewiesen, daß Frankreich bei einer Fortsetzung der Produktion von Atomwaffen sich entschließen werde, die vierte nukleare Macht zu werden, und er fügte hinzu: „Weitere Staaten würden zwangsläufig folgen.“ Das ist wahrscheinlich richtig — und die neue atomare Macht würde wohl Europa heißen, das sich in der Enge zwischen sowjetischer Bedrohung und amerikanischer Garantie schließlich doch zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung aufrufen könnte, um wieder eigene Macht zu bilden.

Die Aussicht einer weiteren Ausbreitung der atomaren Bewaffnung ist keineswegs schön, aber sie ist real für den Fall, daß die heutigen Monopolmächte nicht bald eine Verständigung über die atomare Abrüstung erzielen. Wir können nur wünschen, daß die Möglichkeit einer solchen Entwicklung einen Druck auf die Entschlüsse der Atommächte ausübt. Vielleicht ist dieser Druck sogar schon wirksam.

Und der „Kurswechsel“?

Auch unter diesem Gesichtspunkt gebietet das deutliche Interesse, alles zu tun, was zu einem Erfolg der Abrüstungsbestrebungen beitragen könnte. Der Bundeskanzler ist hierzu, wie seine Hamburger Erklärungen erkennen lassen, auch durchaus bereit — bis zu jener Grenze, an der als notwendiger Akt der Entspannung gerade im Ablauf der Abrüstungspolitik auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gestellt werden muß. Der Wirbel, den einige deutsche Zeitungen in der vergangenen Woche mit der Behauptung eines Kurswechsels Eisenhowers und entsprechen-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Maria-Theresien-Str. 2, II

Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Rekruten wurden verpflichtet

Lebhafte Teilnahme der Bevölkerung

Köln (DPA). Die ersten deutschen Wehrpflichtigen nach dem Kriege sind in ihren Garnisonstädten feierlich verpflichtet worden. Unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung, die überall in großer Zahl zu der militärischen Zeremonie erschienen war, sprachen die Rekruten das Gelöbnis: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

Der Feierstunde bei der ersten Gebirgsdivision in Mittenwald wohnte auch Bundesverteidigungsminister Strauß bei. Ihm wurde bei dieser Gelegenheit der Titel eines „Jägers honoris causa der Ersten Gebirgsdivision“ verliehen.

Auf einer Tagung der zentralen Beschaffungsstellen in München kündigte der Verteidigungsminister an, sein Ministerium arbeite zur Zeit einen

Neue Repatriierungs-Vereinbarung

Sowjetische und deutsche Rot-Kreuz-Besprechungen beendet

München (AP/DPA). Die Besprechungen zwischen den Präsidenten des Sowjetischen und des Deutschen Roten Kreuzes wurden in München mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Rückführung deutscher und sowjetischer Staatsbürger in ihre Heimatländer abgeschlossen. Darin heißt es, die Vertreter beider Rot-Kreuz-Gesellschaften stimmten überein, daß sie die zuständigen Stellen darum bitten würden, konkrete Anträge auf Repatriierung vom Standpunkt der Menschlichkeit aus zu entscheiden.

Hauptbedingung für die Repatriierung soll in jedem Falle eine „festzuhaltende Willenserklärung“ der Rückkehrwilligen sein. Die Rot-Kreuz-Gesellschaften versprechen ferner, für völlige Straffreiheit der Heimkehrwilligen zu sorgen, soweit es sich nicht um von beiden anerkannte Kriminelle handelt. Beide Gesellschaften wollen sich bei der Nachforschung nach Vermissten unterstützen.

In einem weiteren Punkt der Vereinbarung wird festgestellt, das Sowjetische und das Deutsche Rote Kreuz streben ein allgemeines Verbot von Atomwaffen und Atomwaffenver-

suchen sowie eine wirksame gegenseitige Kontrolle dieses Verbotes an.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen den Präsidenten der beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer kurzen Stellungnahme auf das wärmste begrüßt worden. Besonders wurden die Bemühungen des DRK-Präsidenten Dr. Weitz um die Heimführung der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen gewürdigt.

Köln „Großes Haus“

Köln (AP). Mit einem eindrucksvollen Festakt, an dem Bundeskanzler Dr. Adenauer, mehrere Bundesminister, das in Bonn akkreditierte Diplomatische Korps, Vertreter der Parlamente sowie ein großer Kreis von Ehrengästen teilnahmen, ist nach zweieinhalbjähriger Bauzeit das neue „Große Haus“ der Kölner Städtischen Bühnen feierlich seiner Bestimmung übergeben worden.

Debatte um Volksaktien

Was die SPD dazu sagt — CDU: Kein ernstes Hindernis

Bonn (Eigenbericht). Der SPD-Vorsitzende Ollenauer hat die Zustimmung der SPD zu dem „Volksaktien“-Plan der CDU davon abhängig gemacht, daß nicht nur für Staatsbetriebe, sondern auch rentable Privatunternehmungen Volksaktien ausgegeben werden. Ollenauer erklärte vor der Presse, im Falle des Volkswagenwerks sei die SPD überhaupt gegen eine Privatisierung. Bei anderen Unternehmen könnte man über die Ausgabe von Volksaktien sprechen.

Die Bedenken, die u. a. der niedersächsische Finanzminister Dr. Koch gegen die Privatisierung des Volkswagenwerks geäußert hat, werden in maßgebenden CDU-Kreisen nicht

als ernstes Hindernis gegen die Überführung in private Hand angesehen. Wie wir erfahren, soll der geplante Gesetzentwurf der CDU/CSU in seinem ersten Paragraphen feststellen, daß das Volkswagenwerk dem Bund gehört. Der Entwurf enthält folgende Formulierung: „Die Geschäftsanteile, die der ehemaligen Treuhandgesellschaft für wirtschaftliche Unternehmungen der DAF und der ehemaligen Vermögensverwaltung der DAF an der Volkswagen-GmbH, zugestanden haben, stehen mit Wirkung vom 24. Mai 1949 der Bundesrepublik Deutschland zu.“ Der 24. Mai 1949 ist der Tag der Verkündung des Grundgesetzes und damit der Gründungstag des Bundes.

Die Studenten in der Zone

DI. Nun haben die Studenten der Sowjetzone so vieles studiert, studieren müssen: die kommunistischen Gesellschaftswissenschaften, den Marxismus, den Leninismus, den Stalinismus gar, der schließlich nicht ganz richtig war, — und doch sind sie in besonderem Maße die ideologischen Sorgenkinder Pankows. Offenbar sind sie von der kommunistischen Wissenschaft wenig erbaut und noch weniger von der politischen Praxis, die aus ihr als eine unfehlbare Staatsweisheit abgeleitet wird. Das ist bei ihnen nicht anders wie bei den Studenten Ungarns und Polens, die auch nicht darauf verzichtet haben, selbständig zu denken und die kommunistische „Wissenschaft“ mit dem natürlichen Leben zu vergleichen. Aus diesem Grunde werden die Studenten der Zone, diese Söhne von Arbeitern und Bauern, heute vom Staatssicherheitsdienst „betreut“ und von den Trägern der staatlichen „Kulturpolitik“ in ihrer Freiheit beschränkt.

Das wurde auf einer Ostberliner Pressekonferenz demonstriert, auf der in diabolischer Harmonie ein Staatssekretär für das Hochschulwesen, ein Oberst des Staatssicherheitsdienstes und der Rektor der Ostberliner Universität die Studenten zur (kom-

munistischen) Ordnung riefen. Was sie mitzuteilen hatten, das ist das legitime Produkt einer mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes geführten „Hochschulpolitik“: Die Studenten dürfen nicht mehr in die Bundesrepublik reisen — nicht mehr privat oder auf Einladung westdeutscher Universitäten und studentischer Verbände. Nur solche Studenten dürfen noch, die hierzu den formellen Auftrag einer Universität oder einer (kommunistischen) Organisation erhalten haben. Diese neue Beschränkung der Freiheit erfolgt selbstverständlich im Interesse

der Studenten selbst: Sie sollen nicht der Gefahr einer Anwerbung durch „westliche Spionageorganisationen“ ausgesetzt werden...

Das ist die alte, dumme Phrase, hinter der die Machthaber Pankows ihre Furcht verbergen: die Furcht vor der freien Begegnung deutscher Menschen und das Mißtrauen gegenüber denen, die sie seit zwölf Jahren zu „linientreuen“ Kommunisten zu erziehen suchen. Es ist keineswegs paradox, diese ständig wachsende Furcht als ein positives Merkmal der gesamtdeutschen Entwicklung zu betrachten.

(Karikatur Seite 4)

Eine törichte Behinderung

Bonner Kommentar zu dem Reiseverbot für Studenten

Berlin (DPA). Als „ungewöhnlich töricht“ bezeichnete der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, die Behinderung des Reiseverkehrs für die studentische Jugend der Sowjetzone. Der Sowjetzonen-Staatssekretär für das Hochschulwesen, Girnus (SED), hatte, wie gemeldet, Reisen von Studenten in die Bundesrepublik nur noch unter „besonderen Kontrollen“ für zulässig erklärt. Dazu erklärte Thedieck, die Studenten aus der Zone könnten nach wie vor im Bundes-

gebiet frei umherreisen und mit Jedermann frei sprechen. Sie seien auch in diesem Jahre in der Bundesrepublik in großer Zahl willkommen, um sich von den dort herrschenden Verhältnissen durch eigenen Augenschein zu überzeugen.

Keine bürgerlichen Politiker

Budapest (AP). Der ungarische Staatsminister Marosan hat die Aufnahme nichtkommunistischer Politiker in das ungarische Kabinett als möglich bezeichnet, sofern diese die Bedingungen der Kommunistischen Partei akzeptieren. Auf keinen Fall werde man bürgerliche Politiker aufnehmen, „die wieder in die Tonart des vergangenen Oktobers fallen“.

Nach einer Meldung des kommunistischen Amtes in Budapest sind seit dem Volksaufstand im Oktober 149 275 Ungarn in das Ausland geflohen, darunter 21 470 Kinder unter 15 Jahren. Bis Ende März seien 7539 Flüchtlinge wieder nach Ungarn zurückgekehrt.

Nach Berichten ungarischer Provinzzeitungen sind fünf Ungarn zu Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und vier Jahren verurteilt worden, weil sie im Februar antikommunistische Flugblätter verteilt und Parteiverlautbarungen an den schwarzen Brettern geändert haben sollen.

Eindeutiger Sieg Gomulkas

Umbesetzungen im polnischen ZK

Warschau (AP/DPA). Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der polnischen Kommunistischen Partei, in deren Verlauf es zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Gomulka-Anhängern und den Stalinisten gekommen ist, hat mit einem klaren Sieg des Parteichefs Gomulka geendet. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, daß ZK habe einstimmig eine Resolution über die „derzeitigen Aufgaben der Partei“ angenommen.

Aus dem Kommuniqué geht weiter hervor, daß mehrere Gegner Gomulkas aus dem ZK ausgeschlossen und durch Anhänger des Parteichefs ersetzt wurden. So wurde der zweite Sekretär des ZK, Ochab, durch Zenon Kliszko, einen Vertrau-

ten Gomulkas, abgelöst. Ochab bleibt aber im Politbüro. Als ein weiterer Anhänger wurde auch Jerzy Morawski, ein Mitglied des Politbüros, in das Sekretariat des ZK aufgenommen.

Wie weiter bekannt wurde, hat die stalinistische Gruppe die gemäßigte Politik Gomulkas scharf angegriffen und die Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion im kommunistischen Lager verlangt. Sie kritisierte auch die von Gomulka erlassene Amnestie, durch die viele Antikommunisten aus den Gefängnissen befreit wurden. Der ehemalige Minister Mijal nannte die Politik Gomulkas eine „Rückkehr zum Kapitalismus“ und eine „Kapitulation vor der Römisch-Katholischen Kirche“.

So sind sie wirklich:

„Wir zögern nicht, wir sagen's offen . . .“

Wer von der SED oder einer ihrer Unterorganisationen in die vorbereitende Kampagne zu den „Gemeindewahlen“ eingespannt worden ist, weiß, wie schwer diesmal die Agitationsarbeit gerade unter den Intellektuellen fällt. Selbst die kommunistisch gesinnten Künstler und Dichter vermeiden es, sich mit diesem Wahllakt zu identifizieren. Um so seltsamer mutet das Wirken eines Mannes an, der seit Wochen ehrenamtlich die jugendlichen „Agitprop-Briden“ für die Wahlkampagne organisiert.

Walther Victor, leitendes Vorstandsmitglied des Ostberliner Schriftstellerverbandes, hofft einiges wiedergutzumachen dabei. Ihm wirft man vor, seine Haltung in der Ungarn-Frage sei schwankend gewesen. Es gab Leute, die ihn — was völlig unmotiviert erscheint — dem auführerischen Petöfö-Kreis zuschlagen wollten. Dabei ist Victor alles andere als ein Revolutionär. Er hat sich nur durch kleine persönliche Angriffe im Kollegenkreis so unbeliebt gemacht, daß einige dieser Kollegen ihm ganz gern ein Bein stellen möchten. . .

Für's Blumenblüh'n

So setzt sich Victor hin und singt ein Lied, den „Song von der Entschlossenheit“: „Wir zögern nicht, wir sagen's offen, / Wir sagen's laut, wir werden's nicht verschweigen! / Wir freuen uns schon auf den Tag, / der ganzen Welt es stolz zu zeigen: / Wir haben lange in'sre Wahl getroffen!“ Und: „Sie ist für Frieden und für bess'res Leben / Sie ist für frohes Bauen und für's Blumenblüh'n . . .“

Und damit ziehen nun die Agitationsgruppen durch die mitteldeutschen Lande. Im Schriftstellerverband rümpfen die einen die Nase, die anderen denken bei sich: Nun hat der uns das weggenommen! Das hätten wir auch gekonnt . . . Schließlich sind die Nationalpreise noch nicht restlos verteilt. Was aber ist das für ein Mann, der für's Blumenblüh'n schon seine Wahl getroffen hat?

Walther Victor vermag die

WALTHER VICTOR



proletarische Abstammung nicht nachzuweisen. 1895 in Bad Oeynhausen als Sohn eines schwerreichen Sägewerksbesitzers geboren, gehörte er vor dem ersten Krieg der bürgerlichen Jugendbewegung an. Nach dem Krieg kam er mit linksradikalen Intellektuellen in Berührung, und stieß 1919 zur SPD, ohne über den Bohémekreis der linken Literaten hinauszukommen. Victor hat niemals mit den arbeitenden Menschen gefühlt. Erst die Emigration nach 1933 brachte ihn mit den Kommunisten zusammen. Aus einer Zwangsgemeinschaft entstandenen Bindungen, die später ins Präsidium des sowjet-

Katholikentag 1958 wieder in Berlin

Eichstätt (KNA). Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat auf seiner Vollversammlung am 15. Mai in Eichstätt beschlossen, den Katholikentag 1958 wiederum in Berlin abzuhalten. Die Wahl der Viersektorenstadt soll — so wurde vom Zentralkomitee betont — ein Zeichen der lebendigen Verbundenheit der Katholiken in Ost und West sein. Bereits 1952 hatte der Katholikentag in Berlin stattgefunden.

zonalen Schriftstellerverbandes führten.

Keine Emigrations-Meriten

Lange Zeit haben die kommunistischen Emigranten diesen Walther Victor gemieden. Sie werfen ihm noch heute vor, daß er sich weigerte, am spanischen Bürgerkrieg teilzunehmen. Den Krieg erlebte er vom sicheren Amerika aus, als Mitherausgeber des „German-American“ geriet er für kurze Zeit auf die „trozkistische Linie“, die ihm die SED in das Parteidossier nachgetragen hat. So ist Victor vorsichtig geworden, er exponiert sich niemals gegenüber der Partei. Ein Intrigant, der jedoch die Macht des Stärkeren zu respektieren weiß.

Heute gehört Victor zu den meistpubliziertesten Literaten der Zone. Er hat es verstanden, gleichzeitig Goethe und Marx feuilletonistisch zu verbrämen. Seine „Lesebücher für unsere Zeit“ haben Millionenauflage erreicht, sie füllen die Volks- und Betriebsbibliotheken — kommunistisches zensiertes Literatur-Konzentrat. . .

In der Ostpresse nennen sie ihn spöttisch den „Dicht-Automaten“. Er hält — auf Anruf — zu jedem Ereignis ein passendes Gedicht parat. Seit zwei Jahren hat er die Eleven kommunistischer Dichtkunst um sich versammelt und ständige Nachwuchs-Lesungen eingerichtet. Er will sich unentbehrlich machen, ohne sich allzuviel für die Partei zu exponieren. Daß er sich jetzt in die Wahlkampagne der SED eingeschaltet hat, muß tiefe Ursachen haben. Fühlt er sich unsicher, weil ihn die Kollegen über Bord gehen lassen möchten?

Als im vergangenen Jahr die zeitweilige Abkehr von Stalin von sich reden machte, konnte Walther Victor als Erfolg buchen, daß er als einziger namhafter SED-Dichter nicht in dem Stalin-Ehrenbuch „Du Welt im Licht“ (1954) vertreten war. Sein Fehler war, sich dessen zu rühmen. Drum singt er diesmal den „Song von der Entschlossenheit“, er, Walther Victor, dem das Opportunity zum Lebenselement geworden ist. . .

SED verhindert Interzonenreisen

Organisierte Kampagne in der ganzen Sowjetzone

Viele Zonenbewohner müssen in diesem Sommer auf ihre Urlaubsreise in die Bundesrepublik verzichten, weil sie entweder keine Ausreisegenehmigung erhalten oder eine solche mit arbeitsmäßigen und persönlichen Diffamierungen verbunden wäre. In Dresden wird von der SED-Bezirksleitung eine Broschüre vertrieben: „Warum wir nicht in den Westen reisen!“ Darin heißt es, Zonenbewohner würden im Zusammenhang mit der Gewährung eines Überbrückungstaschengeldes durch die Bundesbehörden „für Agentendienste“ geworben.

Wie unsinnig dies alles ist, ergibt sich bereits daraus, daß die Zonenbehörden den Reisenden unter Strafandrohung den Umtausch von Ostgeld in DM-West verbieten und ihnen andererseits nicht einmal die Rückfahrkarte in Ostgeld verkaufen. Was soll aber der Zonenbewohner nach seiner Ankunft auf dem westdeutschen Bestimmungsbahnhof tun? Er ist nicht einmal in der Lage, das Straßenbahngeld bis zum endgültigen Reiseziel zu bezahlen, geschweige, kleine Dienstleistungen zu honorieren. Die SED-Behörden geben diesen Menschen nicht einen Westpfennig mit auf den Weg, verbieten ihnen den Geldumtausch und zwingen sie praktisch, sich die Rückfahrkarte von denen bezahlen zu lassen, die sie in Westdeutschland besuchen möchten. Es ist beschämend für die SED, daß erst die Bundesbehörden hier helfend eingreifen mußten, um einen einigermaßen freien Reiseverkehr zu ermöglichen. Diese Hilfe aber als „Anwerbung von Agenten“ auszulagen, ist nur denen möglich, die damit bestimmte politische Absichten — wie z. B. die zeitweilige Unterbindung des gesamtdeutschen Reiseverkehrs — verknüpfen.

Üble Hetze!

Aus diesem Bestreben heraus publizierte die SED-Presse in der vergangenen Woche eine Meldung, laut der — wie es hieß — „in Westdeutschland eine amerikanische Fremdenlegion aus 12 000 jungen Osteuropäern“ aufgestellt werden soll. Prompt reagierten alle einschlägigen Zeitungen mit fingierten Leserbriefen, in denen Jugendliche erklärten, sie würden nun keinesfalls in die Bundesrepublik auf Urlaub fahren. An den Universitäten brachten die FDJ-

Leitungen fertige Resolutionen ein, in denen sie die Studenten verpflichteten, während der Semesterferien nicht nach Westdeutschland zu reisen. Statt dessen werden örtliche Ferienlager der FDJ und Ausbildungslager der vormilitärischen GST empfohlen. In Ostberlin ging man so weit, jenen, die trotzdem fahren würden, mit Exmatrifikation zu drohen! Die Begleitumstände dieser SED-Kampagne haben somit eine üble Hetze heraufbeschworen, die in politischen Verleumdungen und Brunnenvergiftung schärfster Art ihren Ausdruck finden.

Arbeiter und Angestellte, die in produktionswichtigen Staatsbetrieben tätig sind, werden mangelnder Loyalität und möglichen Geheimnisverrats verdächtigt, wenn sie den Wunsch äußern, trotzdem ihre Angehörigen in der Bundesrepublik zu

Angst wegen der „Wahl“

Es ist kurios, aber: Die SED hat Angst, die Zonenbewohner vor den kommenden Gemeindewahlen noch einmal nach dem Westen zu lassen. Sie befürchtet Störungen ihrer Wahlvorbereitung und für die Zeit danach ein vorzeitiges Bekanntwerden der Methoden dieser „Wahl“. Sie möchte die Zone für einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten von der Außenwelt isolieren, um inzwischen das innenpolitische Kräfteverhältnis neu zu ordnen.

Bedenkt man, daß gleichzeitig ein Heer kommunistischer Agitatoren und Verbindungsleute in die Bundesrepublik einsickert, um hier die Bundestagswahlen zu beobachten und — wenn möglich — zu stören, muß die Taktik der SED doppelt verdammenswert erscheinen.

SSD, herhören!

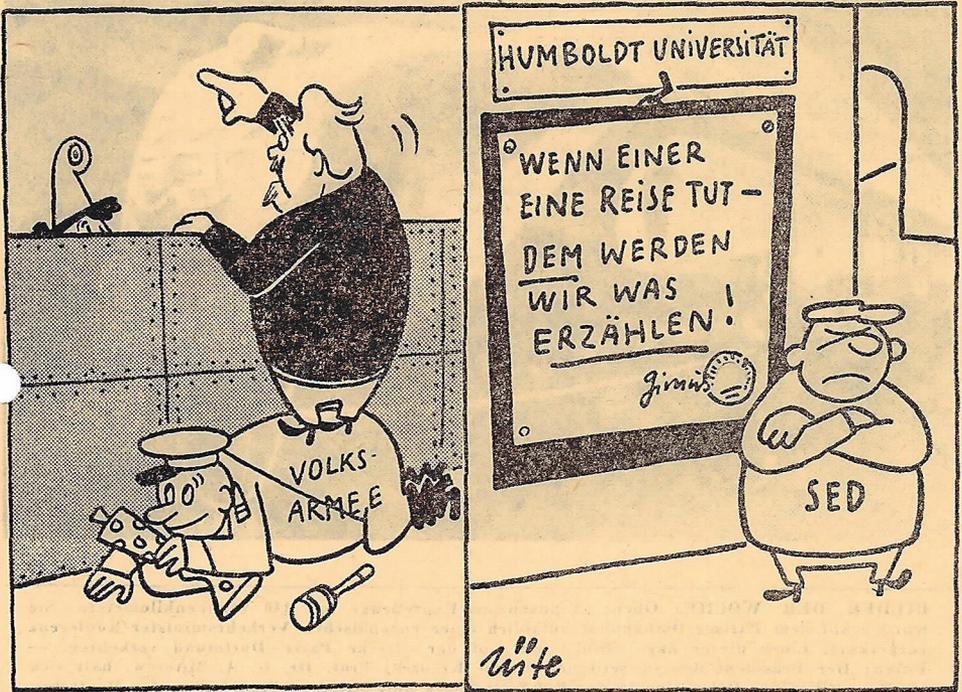
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

besuchen. Die Kreisschulräte wirken dementsprechend auf die Lehrer ein, in den Schulen müssen die Kinder berichten, wohin die Eltern dieses Jahr in Urlaub gehen, und die Volkspolizeibehörden stellen selbst für dringendste private Fälle nur zögernd die Reisebescheinigungen aus.

Dem kleinen Arbeiter im nächsten VEB wird die rein private Reise zu seinen Angehörigen in der Bundesrepublik aus politischen Gründen untersagt, während ein Funktionär dieses Betriebes mit Auftrag und auf Rechnung des SED-Zentralkomitees auf die Fahrt nach Westen geht.

Die Art aber, wie man diese Behinderung des freien Reiseverkehrs zwischen Ost und West zu motivieren sucht, ist ein Stück aus der Sittengeschichte des Pankower Regimes. Sie zeigt, daß die Kommunisten in der Frage der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands heute keinerlei Skrupel mehr kennen. Sie verfolgen ihre politischen Ziele mit rücksichtsloser Vehemenz und bemühen sich nicht einmal mehr, das Gesicht dabei zu wahren.



„Madame, denken sie an die
„deutsche Gefahr“!“

West-Reiseverbot für Ost-Studenten

Noch mehr Atom-Mächte?

Fortsetzung von Seite 2

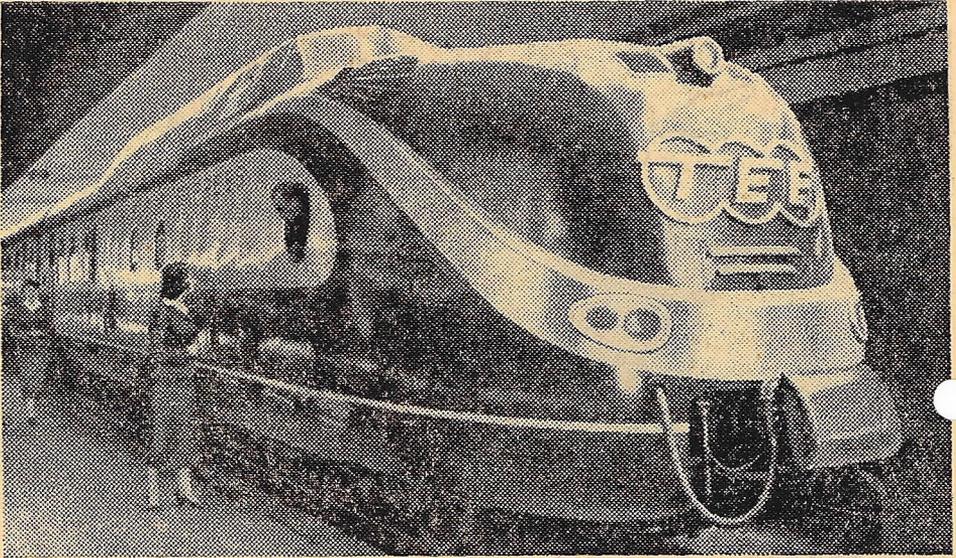
den pathetischen Kommentären ausgelöst haben, hat sich inzwischen einigermaßen wieder gelegt. Diese Berichterstattung war kein Meisterstück. Wenn man sie mit der ausführlichen Darstellung des Washingtoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom gleichen Tage und aus vermutlich gleicher Quelle vergleicht, dann zeigt sich ein bemerkenswerter Unterschied. Während dieses bekannte Blatt eine sehr ausführliche Analyse von noch unausgegorenen amerikanischen Strömungen, Meinungen und Tendenzen in der Abrüstungsfrage und in ihrer Beziehung zu den großen politischen Problemen gab, stellten deutsche Blätter kategorisch fest: „Eisenhower ändert den Kurs“; und zwar ändere er ihn derart, daß

er nun zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen auch ohne die deutsche Wiedervereinigung bereit sei. Aus der Schwebe amerikanischer Überlegungen und Erörterungen wurde auf diese Weise eine bereits vollzogene Entscheidung, und das war falsch und verrät mindestens einen Mangel an kritischer Distanz.

Sicher finden in den USA unter dem Zwang der atomaren Gefahr neue strategische Überlegungen und auch Planungen für den Start und die besten Wege zu einer Abrüstung statt; einige von ihnen mögen sogar nicht unbedenklich sein. Aber das alles ist bisher nur die abwägende Erörterung vieler Möglichkeiten, — und es ist auch, wie das schweizerische Blatt in einem späteren Washingtoner Bericht meint, „die Stunde derer, die das Gras wachsen hören

oder sich in ihrer kühnen Synthese über alle tatsächlichen Vorgänge hinwegsetzen. Hält man sich an die Vorgänge, so muß man erstens feststellen, daß irgendwelche Entscheidungen noch nicht gefallen sind, und zweitens, daß Formeln, die das entscheidende weltpolitische Problem unserer Zeit zum Gegenstand haben, nämlich die Teilung Deutschlands und Europas, sicher nicht ohne ausgiebige Konsultation mit Bonn und anderen europäischen Hauptstädten geprägt wurden.“

Nicht nur die offiziellen Erklärungen, die wir seither aus Washington, London und Paris gehört haben, sondern auch eine nüchterne Prüfung der amerikanischen Politik spricht dafür, daß diese Kennzeichnung der Lage richtig ist. Es gibt indessen in der Politik kein „Nie-mals“. Was heute nicht ist, kann morgen unter anderer Führung vielleicht werden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Transeuropa-Expreßzüge mit 140 Stundenkilometern. Sie wurden auf dem Pariser Ostbahnhof anlässlich einer europäischen Verkehrsminister-Konferenz vorgeführt. Einer dieser Züge (Bild!) soll auf der Strecke Paris—Dortmund verkehren. — Unten: Der Präsident des sowjetischen Roten Kreuzes, Prof. Dr. G. A. Miterew, hält sich zur Zeit mit seiner Delegation in der Bundesrepublik auf. Mit dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz (rechts), besprach er Fragen der Rückführung von Deutschen, die sich noch in der Sowjetunion befinden.

